



Pressemitteilung vom 20.05.2021

Statement zur gemeinsamen Resolution gegen Antisemitismus

Wir sind froh, dass recht schnell die demokratischen Parteien für die heutige Sitzung eine Resolution gegen Antisemitismus auf den Weg gebracht haben. Bei weitem war der Auslöser wohl nicht ein Antrag der AfD, wie von eben diese mutmaßte, aber das sollte auch jede Person eigentlich wissen.

Und es ist auch ebenso klar, dass hier mit den Menschenfeinden der AfD keine gemeinsame Sache wird. Des Weiteren unterscheidet sich unsere Resolution auch inhaltlich. Während es sich bei uns um ein Bekenntnis gegen Antisemitismus handelt, versucht die AfD – wie viele rechte Kräfte – uns hier eine Geschichte aufzuteilen. Die Mär vom sogenannten „importierten Antisemitismus“. Das ist etwas, das können und werden wir aber nicht mittragen. Denn zusammen mit Bild, FOCUS Online und Co reiben sie sich hier die Hände, um wieder über Geflüchtete hetzen zu dürfen.

Mein Genosse Ulas Sazi Zabci aus Gladbach hat das gut klargelegt. Die richtige Wortwahl wäre dann eher „retournierter Antisemitismus“, ist doch der verbreitete Antisemitismus keine arabische oder islamische Tradition. Nicht nur christliche Missionierung, nein, auch der „gescheiterte“ Afrikafeldzug brachten sein Übriges, versuchte doch Nazideutschland durch eigene Schriften den Hass auf alles Jüdische zu schüren. Es ist also weder importierter noch retournierter Antisemitismus, sondern der geballte Hass aus 2000 Jahren europäischer Judenverfolgung.

Und daraus ergibt sich dann auch die Pflicht sich hier klar gegen Antisemitismus zu stellen, ganz egal aus welcher Ecke und ohne pauschal andere Minderheiten hier zu diskreditieren. Und wie tief verwurzelt Antisemitismus in unserer Gesellschaft ist, zeigt sich doch, wenn in Dresden jüngst eine minderjährige Journalistin von deutschen Hooligans mit den Rufen Judenpresse verprügelt wird oder wir uns die antisemitischen Fantasien der Leerdenkenden auf ihren Demos anschauen.

Dieses Problem ist strukturell über Jahrtausende gewachsen und wir als Landeshauptstadt müssen uns fragen, was tun wir dagegen? Die Resolution heute ist gut und richtig, doch darf es unserer Meinung nach damit nicht abgeschlossen sein. Wir sollten uns fragen, ist die Antidiskriminierungsstelle der Stadt so ausreichend und braucht die Landeshauptstadt vielleicht eine*n Antisemitismusbeauftragte*n? Das finden wir eine sehr gute Idee und wir würden uns freuen, wenn wir Demokrat*innen uns gemeinsam zu dieser Forderung austauschen würden.

Julian Klippert
Fraktionsvorsitzender